

Erscheint in Leipzig
Ernted, Freitag, Sonntag.
Monatenspreis
Leipzig 1 St. 50 Pf. pro
Semester.
Weniger Monatspreis
werden bei allen deutschen Buchhändlern
auf den 1. und 1. Monat, und auf den
1. Monat des Jahres angenommen; im
Folge, Berlin und Leipzig, Buchhändler
Wiedlung und auf den 1. Monat
des Monats 4 54 Pf.
Inserate
best. Veranlassungen pr. Zeile 10 Pf.,
best. Privatangelegenheiten und feste pr.
Zeile 20 Pf.

Vorwärts

Verkaufsstellen
neben an alle Buchhändler und Buch-
handlungen des In- u. Auslandes.
Hilfsl-Expeditoren.
New-York: G. G. Bennett, Gen.-
Schulbuchhändler, 154 Broadway Str.
Philadelphia: J. G. & Co., 600 North
3rd Street.
J. G. & Co., 1120 Charlotte Str.
Boston N. J.: J. G. & Co., 215 Wash-
ington Str.
Chicago: J. G. & Co., 74 Clybourne Ave.
San Francisco: J. G. & Co., 418 O'Farrell Str.
London W.: J. G. & Co., 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 20.

Sonntag, 17. Februar.

1878.

Parteigenossen!

Aus der in nächster Woche zum Verhandt kommenden Abrechnung des unterzeichneten Comités geht hervor, daß der Wahlfond nicht nur völlig erschöpft, sondern ihm auch seit Monaten kein Beitrag mehr zugeflossen ist. Weiter geht daraus hervor, daß der Unterstützungsfond, in Folge der vielen Prozesse und der Einkorderungen von Parteigenossen, ohne außerordentliche Zuwendungen aus dem Agitationsfond den an ihn gestellten Ansprüchen unmöglich genügen kann.

So sehen wir uns denn veranlaßt, an Euch besonders zu Gunsten des Wahlfonds zu appellieren. Ihr wißt, daß der Reichstag zusammengetreten ist und darin für unsere Parteigrundsätze, für das Interesse des arbeitenden Volkes gewirkt werden soll. Ihr wißt, daß uns diese Thatsache mehr als zu anderer Zeit in eine lebhaftige Agitation hineinzieht und diese Agitation besonders mit Rücksicht auf die gewesene und kommende Wahlbewegung erfolgen muß. Dazu kommt noch, daß voransichtlich unserer Partei schon in nächster Zeit neue Wahlkämpfe bevorstehen, auf die wir uns je eher, desto besser, vorbereiten wollen.

Wir senden Euch in diesen Tagen Sammellisten zu, auf welche alle diejenigen, denen in schwerer Zeit noch die Kraft zur Mithilfe verblieben ist, ihren Beitrag verzeichnen mögen. Thue Jeder in Hinblick auf unsere Vertretung im Reichstage und auf die allgemeine Agitation seine Schuldigkeit.

Alle Gelder, welche auf den Listen für den Reichstagswahlfond eingegeben, sind an den mitunterzeichneten A. Weib zu senden. Öffentliche Quittung erfolgt im „Vorwärts“.

Hamburg, im Februar 1878.

Mit sozialdemokratischem Gruß!

Das Central-Wahlcomité der sozialist. Arbeiterpartei Deutschlands.

J. A.: C. Derossi, Pferdemarkt 37 III. August Weib, Röhlingmarkt 12.

Der französische Arbeitercongrès in Lyon.

(Schluß)

In der Schlußsitzung des Congresses — am 1. Februar — veranlaßte zunächst die Amnestiefrage eine lebhaftige Debatte. Die Mehrheit entschied schließlich dafür, daß unter den obwaltenden politischen Verhältnissen, um kein Einschreiten der Regierung zu provozieren (ein schönes Compliment für die „Republik“ des Herrn Gambetta und Consorten!) von einer Beschlußfassung abzusehen sei.

Hierauf wurden der Reihe nach die folgenden Resolutionen der verschiedenen Ausschüsse verlesen und sämtlich angenommen:

Erster Ausschuss (für Frauenarbeit). Berichterstatterin: Bürgerin André von Paris. 1) Gründung von Arbeiterinnen-Syndikatskammern in den Städten und auf dem Lande; 2) Anwendung des gewöhnlichen Tarifs für die Berufsarten beider Geschlechter auf die Gefängnisarbeit und Verfertigung von Monturhüten; 3) Abschaffung der Nachtarbeit und Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf 8 Stunden; 4) Abschaffung der Stellenvermittlungsbüros; 5) Aenderung des Gesetzes über die Arbeit von Kindern in den Fabriken; 6) Abschaffung der weiblichen Arbeiten in den Klöstern und Aufhebung der von Ordensschwestern geleiteten Arbeitsstätten.

Zweiter Ausschuss (für Syndikatskammern und Arbeitergenossenschaften). Berichterstatter: Bürger Chauvigné. 1) Bildung von bürgerlichen und gewerblichen Syndikatskammern; 2) Einführung eines Föderationssystems zwischen den Syndikatskammern jedes großen Centrums und den gleichartigen Gewerben der verschiedenen Lokalitäten; 3) Regulierung der Produktion, Aufrechterhaltung der Löhne und Vertheidigung der allgemeinen Interessen durch rechtlichen Widerstand, Unterbringung von Gefellen und Lehrlingen, Gewerbeunterricht, Beaufsichtigung der Lehrlinge, ernsthafte Prüfung der Fragen, wie der Arbeitslosigkeit gesteuert und Alter und Krankheit durch Versicherung geschützt werden kann; 4) Gründung von Consum-, Kredit- und Produktionsvereinen; 5) Aufhebung aller beschränkenden Gesetze.

Dritter Ausschuss (für Gewerkschaften und Arbeitslosigkeit). Berichterstatter: Bürger Nicolas aus Algerien. 1) Der Congrès dringt auf eine allgemeine Amnestie, in der Absicht, jenen langjährig arbeitenden Arbeitern, die wider ihren Willen dazu beitragen, daß das Ausland aus der französischen Industrie Nutzen zieht, die Pforten der Heimath wieder zu öffnen; 2) Schließung der Klöster, Ordenshäuser u. s. w., in denen Gewerbe getrieben werden, und deren Verwendung als Greisenasyle; 3) die öffentliche Versteigerung zu Gunsten des Staats aller Erzeugnisse der Frauenklöster, welche den weltlichen Arbeiterinnen eine so gefährliche Konkurrenz machen; 4) Erlassung eines Gesetzes, demgemäß ein Arbeitgeber seinen Arbeiter nicht länger als 10 Stunden täglich beschäftigen darf; 5) volle Freiheit für die Syndikatskammern, sich gegenseitig zu verbünden.

Vierter Ausschuss (Schulen, Lehrzeit und Gewerbeunterricht). Berichterstatter: Lehrer Desmoulin. 1) Abschaffung des Obedienzbriefs, welche erst eine völlige Gleichheit zwischen allen Mitgliedern des Lehrpersonals herstellen kann; 2) Aufhebung aller die Gewerkschaften hemmenden Gesetze und 3) insbesondere des Fabroux'schen Gesetzes vom 15. März 1850, die Einführung des confessionellen, obligatorischen und unentgeltlichen Unterrichtes aller Grade; 5) Erlassung eines neuen Gesetzes über die Lehrinhaltsverträge; 6) Eröffnung einer Gewerbeschule in jeder Departements-Hauptstadt.

Fünfter Ausschuss (für die unmittelbare Vertretung des Proletariats im Parlament). Berichterstatter: Bürger

Goyon. Der Congrès stellt das Prinzip der direkten Vertretung in folgenden Sätzen auf: 1) Die Candidaten gehen unbedingt auf das sozialistische Mandat ein; 2) sie verpflichten sich, es in allen seinen Einzelheiten zu erfüllen; 3) sie fügen sich im Falle von Streitigkeiten zwischen dem Gewählten und seinen Wählern dem Spruche eines aus Arbeiterdelegirten und Wahlcomités zusammengesetzten Schiedsgerichts; 4) die Wählergruppen und Wahlcomités fügen sich auf das Lyoner System; 5) die sozialistischen Arbeiter-Candidaturen werden durch eigens zu diesem Zwecke gegründete Blätter unterstützt.

Sechster Ausschuss (für Arbeitslosigkeit und Altersklassen). Berichterstatterin: Bürgerin Finet aus Lyon. 1) Nicht-intervention des Staates; 2) Gründung von Vereinskassen für Altersschwache und Kranke; 3) den Produktions- und Consumgesellschaften ist der Rath zu ertheilen, ihren Gewinn diesen Klassen zuzuwenden; 4) die gegenseitigen Hülfsgesellschaften sind einer Reform zu unterziehen; 5) es soll an alle Vereine ein Kabinetsgericht werden, Ersparnisse zu sammeln, um unerwarteten Anforderungen zu genügen.

Zugleich hat der sechste Ausschuss folgendes Schreiben an alle französischen Vergleute gerichtet:

Bürger! Ihr habt nicht umsonst einen Ruf an die brüderlichen Gesinnungen, welche die Delegirten auf dem Lyoner Congresse in Anwendung bringen sollen, an uns ergehen lassen, und Ihr dürft, so oft Ihr gerechte Forderungen geltend zu machen habt, auf den ergebenen Beistand aller Proletarier zählen. Gebieth unter einer mühevollen, gefährlichen und schlecht bezahlten Arbeit, verdient Ihr um so mehr die Sympathien des Proletariats, als Ihr bisher von der Welt der Lebenden beinahe getrieben und außer Stande wart, Euch anders, als durch Gehuld und stille Ergebung gegen die Unterdrückung zu wehren. Fortan dürft Ihr auf uns rechnen, wie wir auf Euch rechnen.

Für den zweiten französischen Arbeitercongrès.

Der sechste Ausschuss.

(Folgen die Unterschriften.)

Siebenter Ausschuss (für die zwischen den städtischen und den ländlichen Arbeitern herzuwickelnden Beziehungen). Berichterstatter: Bürger Jacquemin aus Fleury. 1) Gründung von ländlichen Vereinen nach dem Vorbilde der städtischen Syndikatskammern; 2) Föderation der städtischen und ländlichen Syndikatskammern; 3) Bildung eines bürgerlichen Arbeiter-Schiedsamtes in jedem Canton; 4) Gründung von Volksbibliotheken in allen Gemeinden; 5) Verbesserung der Befoldung, Ausdehnung der Berufstätigkeit und der Freiheit der Schulmeister auf dem Lande.

Achter Ausschuss (für Landstreicherei und Sittenverhältnisse). Berichterstatter: Bürger Malinvaud. 1) Einführung eines Systems, das, statt die jugendlichen Landstreicher zu bestrafen, sie geistig und sittlich zu heben trachtet; 2) Abschaffung der hohen Polizeiaufsicht als einer der Ursachen der Landstreicherei; 3) Abschaffung der Sittenpolizei, die sich als unnützlich, ungesund, gefährlich und wirkungslos erwiesen hat; 4) Beschäftigung der Lehrlinge und jungen Arbeiterinnen in den großen Fabriken mittelst eines besonderen Gesetzes; 5) Allgemeine Bestimmungen behufs Erziehung und Hebung junger Verwahrloster.

Neunter Ausschuss (für Arbeiter-Schiedsamter). Berichterstatter: Bürger Salomon aus Lyon. 1) Einführung einer neuen Gesetzgebung für die Conseils des Prud'hommes; 2) direkte Einmischung der Prud'hommes in alle Reglements von Gesellschaften und Fabriken; 3) Erlassung eines Gesetzes, das ihnen das Recht zugeht, überall beschworene vorzusprechen; 4) Anwendung der Bestimmungen für das politische Wahlrecht auf die Wahl der Prud'hommes; 5) Wählbarkeit vom 20. Altersjahre ab und nach dreijährigem Aufenthalt; 6) Einsetzung eines Schiedsamtes in jedem Canton; 7) Unentgeltlichkeit des Schiedspruches; 8) Vermehrung der bereits bestehenden 234 durch zwei neue Kategorien für die Handelscomités beider Geschlechter; 9) Wählbarkeit der Frauen für Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeiterinnen.

Wir werden, sobald ein vollständiger Congrèsbericht uns vorliegt, den Lyoner Arbeitercongrès in einem besonderen Leitartikel beschreiben und dann auch die vorstehenden Resolutionen einer kurzen Beleuchtung unterziehen. Nur soviel sei hier schon, vorgehend, bemerkt, daß die Furcht vor der „Intervention des Staates“, welche sich vielfach geltend macht, eine Frucht der sehr natürlichen Reaktion gegen die in Frankreich auf die Spitze getriebene Omnipotenz und Allogerie ist.

Nach Erledigung dieser Resolutionen wurde noch ein Antrag, dahin gehend, den nächsten französischen Arbeitercongrès (während der Weltausstellung) in Paris abzuhalten, mit Akklamation angenommen.

Hierauf hielt der Vorsitzende eine kurze Ansprache, in welcher er zur Eintracht und unermüdbaren Thätigkeit aufforderte, und unter dem begeisterten Ruf: Es lebe die Republik! Es lebe die sozialdemokratische Republik! Hoch die Amnestie! trennte sich der zweite französische Arbeitercongrès.

Aus Berlin.

— 12. Februar.

Im Reichstag lange, ellenlange Gesichter. ER hat wieder ablagen lassen. Die Dinge im Orient gehen nicht ganz nach dem Bazar-Petersburger Programm, und so sind EGNOR-Nerven wieder unangenehm geworden. Was nun? Die sogenannte „Interpellation“ (in Wirklichkeit eine beschreibende, demüthige — „Hunde sind wir ja doch!“ — vor sich selbst erschreckende Anfrage) ist nach langen Geburtswehen glücklich zu

Tage gefördert worden; Geburtshörer war der allerhöchst approbirte Apportirpudel für feierliche Haupt- und Staatsaktionen, der Mann der nullité grave (ernsten, würdevollen Nichtigkeit) und künftige Bismarck'sche Bicekanzler Venniggen (schlechte Uebersetzung des Bonaparte'schen Reichskaisers Krouber). Läßt sich das so pomphast in Scene gesetzte parlamentarische Schauspiel wieder vom Repertoire abheben? So lei't gebt's nicht; eine Blamage wär's — aber was bringen die Reichstreuen nicht fertig, wenn die Spitze des Barziner Kurassierstiefels drohend in der Luft schwebt? — und wahrhaftig, auf eine Blamage mehr oder weniger kommt es nicht an. „Es sind schwere Zeiten“, seufzt jetzt so manches reichstreue Gemüth. „Unglück kommt nie allein.“ Nicht nur daß der „Ait, auf dem wir sitzen“, verteuert morisch und gichtbrüchig geworden ist, auch mit dem ganzen System will's nicht mehr recht klappen. Wirtschaftlich, administrativ, auf allen Gebieten „Krach“, Desorganisation, Anarchie. Und um den Segen zu vervollständigen, der kaum mehr abzuhalten Weltbrand. Die letzten Nachrichten von London, Petersburg und Constantinopel haben hier, namentlich unter den Reichstreuen — denn die „Reichsfeinde“ waren darauf vorbereitet — eine förmliche Panik hervorgerufen. Das ist also „das bischen Herzogowina“, über das unser „General“ — „der, was man sonst von ihm denken mag, stets als Meister der Diplomatie und äußeren Politik gelten wird“ (Nationalliberaler Wochenspiegel) — vor kaum anderthalb Jahren mit heiteren Scherzen schäkerte! Selbst der vernagelteste Bismarcksanatiker fängt an Lunte zu riechen und zu merken, daß nicht bloß Etwas, sondern viel, sehr viel faul ist in dem Dänemark unserer „leidenden Staatsmannschaft“.

Und da komme ich wieder auf die „Interpellation“. Daß sie keinen andern Zweck hatte, als eine ernsthafte (nicht auf nationalliberalen Wunschnüssen dahernachsehende) Interpellation der Sozialdemokraten und anderer Reichsfeinde zu verhindern, ist bereits gesagt worden und brauchte eigentlich gar nicht gesagt zu werden. Sogar „Tante Voss“, die beiläufig in der orientalischen Frage eine recht correcte Haltung einnimmt, mißbilligt scharf den „reichstreuen“ Charakter der beschriebenen Interpellation und tadelt es, daß man die Ultramontanen, Bol- und Sozialdemokraten ausgeschlossen hat. Richtiger auszusagen versucht. Es fragt sich doch noch, ob das reichstreue Estamotiv-Kunststückchen gelingen wird. Jedenfalls läßt sich jetzt gar nichts sagen, jammerte gestern ein nationalliberaler Abgeordneter, kein Mensch weiß, was die nächste Stunde in petto hat. — Alles das Werk der von Euch beschriebenen „Blut- und Eisenpolitik“! Bedauert Euch in Bazar! Ihr Herren.

Unter dem „in petto“, fürchtet man, könnte sich die Reichstagsheimlichmachung, wo nicht gar -Auflösung befinden. Nun, letztere Befürchtung ist jedenfalls unbegründet. Aber eine Heimlichmachung sollte mich nicht wundern. „Die Politik ist ein Handwerk, welches das Tageslicht nicht vertragen kann“ — äußerte einst ein gewisser Jemand, und gegenwärtig ist es mit der Politik eines gewissen Jemand so bestellt, daß sie möglicherweise nicht einmal — eine von Dennigen apportirt: Interpellation vertragen kann.

Vorgestern hatten die Präsidenten des Reichstags Audienz beim Kaiser. Derselbe äußerte sich aus freien Stücken sehr pessimistisch über die Lage; „Sie sei allerdings ernst, aber er hoffe doch immer, daß es möglich sein werde, den Frieden zu erhalten.“ Das ist so ungefähr die Sprache des Arztes am Sterbebette, wenn er das lästliche Wort Tod noch nicht aussprechen will. Wann wird der eiserne Mund der Kanonen das Wort Krieg! Weltkrieg aussprechen?

Und das genau sieben Jahre nach Gründung des deutschen Reichs, welches den Frieden für Deutschland, für die Welt bedeuten sollte!

Sozialpolitische Uebersicht.

— Die Situation ist sehr ernst. Die englische Flotte ist in das Rarmorameer eingelaufen und befindet sich, während wir dies schreiben (Donnerstag Abend), den Dardanellen zufolge vor Constantinopel, während zu gleicher Zeit die Russen von der Landseite aus die Stadt besetzt haben werden. Weder über den Ort der Conferenz, noch über die Verhandlungspunkte hat man sich bis jetzt einigen können, da Rußland seine Forderungen nicht ermäßigt, und England und Oesterreich sich in ihren Interessen bedroht sehen. Diese Interessen aber sind verschieden, so daß dadurch eine Englisch-Oesterreichische Allianz sehr erschwert wird. Die „Wiener Neue Freie Presse“, welche einen scharf ausgeprägten russenfeindlichen Standpunkt immer eingenommen hat, schildert die Situation in England und Oesterreich in drastischer Weise. Es heißt da:

„Denken und Jagneklappen herrscht jetzt überall, wo man früher frohen Muthes und voll Vertrauen auf Rußland der Entwicklung der Dinge auf der Balkan-Halbinsel zugehört. Die liberalen englischen Blätter winseln um die Wette mit unseren Offiziösen. Constantinopel darf nicht russisch werden“, so klingt das Jammergeschrei an der Themse, wie an der Donau. Während die Engländer ihre Regierung und deren schlechte Politik anklagen, richtet man hier den Blick nach Berlin und ruft Bismarck zu Hilfe. Hier wie dort dasselbe klägliche Schauspiel einer getäuschten, von Rußland an der Nase herumgeführten, zur reinigen Erkenntniß ihrer Fehlleit gekommenen Politik; hier wie dort das gleiche jorzige Rufen nach Rache, der nämlich verspätete und zwecklose Grimm.“

Und weiter lautet es in dem angezogenen Artikel: „Die Donau und Constantinopel sind in Rußlands Hand. Das Czarenreich hat den Orient in seiner Gewalt und läßt

dem überlisteten Europa frech unter die Augen. Das ist das Ergebnis jener Politik, welche so lange zögerte, die angeblich „entscheidende“ Stimme Oesterreichs ertönen zu lassen, die Rußland sie dieser Nähe überhob.“ — Recht hat die „Neue Freie Presse“, wenn sie der englischen und österreichischen Politik, dieser Politik des Landens, die Hauptschuld an den russischen Errungenschaften beilegt; aber auch wir haben Recht, wenn wir behaupten, Rußland hätte diese ganz Europa schädigenden Errungenschaften und Eroberungen nicht gemacht ohne die ihm gegenüber so überaus wohlwollende Neutralität des deutschen Reiches.

— Die Gewerbegefehnovelle ist aus dem Bundesrath in fast unbedeutender Form hervorgegangen; nur die Schlusssatzungen des Gewerbegerichtsentwurfes haben nachstehende von dem Entwurfe des Reichskanzleramtes, den wir abgedruckt haben, etwas abweichende Fassung erhalten:

§ 19. Wo die Gewerbegerichte nach Maßgabe dieses Gesetzes nicht bestehen, kann in Streitigkeiten, welche auf den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Arbeitsverhältnisses, auf die Ausübung oder den Inhalt des Arbeitszeugnisses sich beziehen, Klage vor dem Gemeindevorsteher erhoben werden. Die Gegenpartei hat sich auf die Klage einzulassen. Zuständig ist der Vorsteher der Gemeinde, in deren Bezirk der Arbeitsvertrag hauptsächlich der Leistungen des Arbeiters seinen Erfüllungsort hat. Der Gemeindevorsteher hat das Verfahren nach den in gleichen Rechtskreisen für den Vorstehenden des Gewerbegerichts maßgebenden Bestimmungen zu leiten. Seine Entscheidung geht in Rechtskraft über, wenn nicht von einer der Parteien binnen drei Tagen nach der Zustellung oder der in Gegenwart der Parteien erfolgten Verhandlung Klage bei dem zuständigen Gericht erhoben ist. Der Gemeindevorsteher kann die Wahrnehmung der höheren Verwaltungsbehörde einem Stellvertreter übertragen. Derselbe muß aus der Mitte der Gemeindeverwaltung oder Gemeindevortretung und auf mindestens ein Jahr berufen werden. Die Berufung ist bekannt zu machen. § 20. Bis zum Inkrafttreten des Gerichtsverfassungsgesetzes finden gegen die Entscheidungen der Gewerbegerichte die in den geringfügigsten bürgerlichen Streitigkeiten zulässigen Rechtsmittel bei den für solche zuständigen Gerichten statt. Für die Zwangsvollstreckungen sind die Bestimmungen über Zwangsvollstreckung in den geringfügigsten bürgerlichen Streitigkeiten maßgebend. § 21. Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden keine Anwendung: 1) auf Streitigkeiten der Kaufleute und Apotheker mit ihren Arbeitern, 2) auf Streitigkeiten der Vorstände der unter öffentlicher Verwaltung stehenden Betriebsanlagen mit den in den letzteren beschäftigten Arbeitern. § 22. Die Verfassung und die Zuständigkeit der auf Grund der bestehenden landesgesetzlichen Bestimmungen zur Entscheidung von Streitigkeiten der oben bezeichneten Art berufenen besonderen Gerichte werden durch dieses Gesetz nicht berührt. § 23. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1879 in Kraft. Die bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes anhängigen Streitigkeiten werden in dem bisherigen Verfahren erledigt. § 24. Die erforderlichen Maßnahmen, um bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes Gewerbegerichte nach Maßgabe der Bestimmungen (§§ 1 bis 10) herzustellen, können bereits vor diesem Zeitpunkt getroffen werden. Die für die Entscheidung der im § 103 Abs. 1 des Gewerbeordnungsgesetzes bezeichneten Streitigkeiten bestehenden Schiedsgerichte bleiben, so lange Gewerbegerichte auf Grund dieses Gesetzes noch nicht gebildet sind, jedoch nicht über den 1. Juli 1879 hinaus in Wirksamkeit. Die vor dieselben gehörigen Streitigkeiten sind in dem bisherigen Verfahren zu verhandeln und zu entscheiden.

— Wir erhalten über die Amtstracht der Richter in Preußen, deren unsere letzte Berliner Correspondenz schon Erwähnung that, noch folgende Zuschrift:

„Kleider machen Leute.“ Dieses Sprichwort kam uns unwillkürlich in den Sinn, als wir den Bericht über die Verhandlungen des preussischen Abgeordnetenhauses vom 7. Februar zu Gesicht bekamen. An diesem Tage nämlich berieten die Herren Gesetzgeber u. A. auch über das „Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz“ und hatte die Justizkommission in Titel 14 hinter § 83 noch einen weiteren Paragraphen (§ 83a) eingeschaltet, der folgendermaßen lautet: „Richter, Staatsanwälte und Gerichtsschreiber tragen in den öffentlichen Sitzungen eine von dem Justizminister zu bestimmende Amtstracht. Derselbe Vorschriften findet Anwendung auf die in den öffentlichen Sitzungen der Oberlandesgerichte und Landgerichte auftretenden Rechtsan-

wälte.“ Während effliche Abgeordnete sich über diese, gefinde gesagt, ungehörige Neuerung nach Kräften lustig machten, erschöpften die Abgg. Reichenberger und Wachler den ganzen Borrath ihres sittlichen Ernstes für dieselbe. Die Amtstracht sei „eine ernste Frage der Rechtspflege“, meinte Reichenberger; und Wachler: „Die Vorschrift habe nicht nur den Sinn, daß die Würde der Gerichte gerade durch die Amtstracht äußerlich gewahrt werde; es handle sich vielmehr überhaupt darum, gerade in der gegenwärtigen Zeit ein größeres Gewicht auf die Wahrung der Autorität zu legen.“ Das Haus neigte sich diesen Anschauungen zu und nahm den betreffenden Paragraphen mit 163 gegen 140 Stimmen an. Die preussischen Richter werden also einfüre in Amtstracht — ob in Talar und Barett oder in Fiedelhaube und Waffenschiff, darüber wird der Justizminister entscheiden — „Recht“ sprechen. Jeder vernünftige Mensch wird über die Zumuthung lachen, dem uniformirten Richter mehr Achtung entgegenzubringen, als dem nicht uniformirten; denn nicht um die Autorität im Gerichtssaal handelt es sich, sondern um die Autorität gegenüber der öffentlichen Meinung, vor der dieselbe allerdings stark in die Brüche gegangen ist, woran aber ganz andere Dinge die Schuld tragen, als der Mangel einer Amtstracht.

— Die „deutsche“ Wissenschaft geht betteln. Wer erinnert sich nicht noch, daß Herr Rommen in Rom vor Jahresfrist pomphast von der „deutschen“ Wissenschaft sprach, die besonders unter anderen (wohl französischen, spanischen, russischen, englischen u. c.) Wissenschaften hervortrage. Nun lesen wir, daß der deutsche Afrika-Reisende Rohlf's an die „Westliche Post“ in Philadelphia sich mit dem Gesuche gewandt hat, in ihrem großen P-terre für Ausbringung von Mitteln für seine neueste geplante Afrika-Entdeckungszug zu wirken, da er kaum hoffen dürfe, die jährlich erforderlichen 15,000 Mark dafür in Deutschland aufzubringen. Wenn die Amerikaner nun das Geld aufbringen, und Rohlf's kommt in einigen Jahren von seiner Entdeckungszug zurück, so werden nachher unsere braven liberalen Literaten ausrufen: „Unser berühmter Landsmann Gerhard Rohlf's hat wieder der deutschen Wissenschaft großen Vorwurf geleistet; die deutsche Nation kann stolz auf ihn sein. Man sieht, daß in dem gemeinten deutschen Reiche Kunst und Wissenschaft immer mehr emporblühen.“ — Und dabei „bettelt“ Rohlf's in fernem Lande die lumpige Summe von 15,000 Mark zusammen, während das deutsche Reich über 400 Millionen Mark dem Kriegsmoloch jährlich in den Rachen wirft.

— Der zwischen Rußland, Serbien, Montenegro und der Türkei abgeschlossene Waffenstillstand enthält 10 Artikel, welche folgendes bestimmen:

- 1) Ein Wiederbeginn der Feindseligkeiten kann nur nach einer Kündigung von drei Tagen stattfinden. Rußland theilt Montenegro den Waffenstillstand mit.
- 2) Rückerstattung der nach der Unterzeichnung genommenen Geschütze und Gebietsstücke.
- 3) Sieht die Einzelheiten der Demarkationslinie und der neutralen Zone für die Türkei, Rußland und Serbien, bringt in russische Hände beinahe ganz Bulgarien, Rumelien und Thracien bis zu den Linien von Konstantinopel und Gallipoli. Befestigungen sind auf dem neutralen Gebiete nicht beizubehalten und keine neuen zu errichten. Ein gemischter Ausschuss wird die Demarkationslinie für Serbien und Montenegro bestimmen. Die Russen besetzen Burgas und Widia am Schwarzen Meere, um Borräthe zu erhalten, jedoch kein Kriegsmaterial.
- 4) Armeen jenseits der Demarkationslinie sind innerhalb dreier Tage nach Unterzeichnung des Waffenstillstandes zurückzuziehen.
- 5) Die Türken können Waffen u. A. bei Räumung der im Artikel 3 erwähnten Befestigungen nach bestimmten Plätzen und auf bestimmten Wegen wegschaffen. Können sie nicht wegschaffen werden, so ist ein Inventar derselben aufzunehmen. Die Räumung soll binnen sieben Tagen nach Eingang der Ordres seitens der Commandeure vollendet sein.
- 6) Sulina ist binnen drei Tagen von den türkischen Truppen und Kriegsschiffen, falls diese nicht durch Eis gehemmt werden, zu räumen. Die Russen werden die Hindernisse auf der Donau entfernen und die Schifffahrt des Flusses beaufsichtigen.
- 7) Die Eisenbahnen haben unter gewissen Bedingungen ihren Betrieb weiter zu führen.
- 8) Türkische Behörden sollen an gewissen Plätzen bleiben.
- 9) Die Blockade des Schwarzen Meeres ist aufzuheben.

während der Regierungszeit unseres „Bäterchens“ vermindert oder vergrößert haben, und was für Wohlthaten das Volk für die ihm auferlegten schweren Opfer bekommen hat? Und da müssen wir vor allem die traurige Thatsache der schlechten Lage der russischen Finanzen constatiren. Diese Thatsache besteht darin, daß unser Staatsbudget mit jedem Jahre wächst, daß die Abgaben und Steuern, die man aus dem Volke buchstäblich „heraus schlägt“, zunehmen. Während die Staatseinkünfte im letzten Jahre (1854) der Regierung des „unvergesslichen“ Despoten Nicolans gleich 211,145,000 Rubel (etwa 600 Mill. M.) waren, stiegen dieselben nach kaum 6 Jahren (1861) der Regierung des „milden und friedliebenden“ Alexander auf mehr als 332 Mill. Rubel (fast eine Milliarde Mark), also die Abgaben des Volkes vermehrten sich um 57,5 Proz. Im Jahre 1854 kamen auf jeden Kopf der Einwohnerzahl 3 Rubel (9 Mark) Steuern; im Jahre 1877 aber machen sie schon mehr als das Doppelte, 6 Rubel 25 Kop. (fast 19 Mark) aus.*) Also jedes Jahr der friedlichen und wohlthätigen Herrschaft Alexander II. kommt dem russischen Volke um 10 Millionen Rubel theurer zu stehen, als das vorhergehende.

Wenn wir die einzelnen Posten des Etatbudgets genauer betrachten, so werden wir finden, daß die Resultate noch trauriger sind. Das Finanzsystem bis zur Zeit der Reform bestand hauptsächlich darin, daß die ganze Last der Steuern auf den ärmeren Klassen der Bevölkerung lastete, welche sogar den spezifischen Namen „Steuerpflichtige Klassen“ trugen. Man sollte glauben, daß die Regierung, welche das Loos seiner Unterthanen zu verbessern sich vorgenommen hatte, wenigstens äußerlich die Lage des Volkes verbessern würde. In Wirklichkeit aber geschah das Umgekehrte. Die direkten Steuern von den „steuerpflichtigen Klassen“ betragen im Jahre 1854 die Summe von 46 Mill. Rubel, während dieser Theil des Budgets für 1877 auf 118,671,000 Rubel gestiegen ist.

Der Hauptartikel der Staatseinnahmen war immer der Schnapsverkauf. Diese Einnahmen machten im Jahre 1854 30 Proz. aller Staatseinkünfte, also 77 Millionen Rubel aus. Im Jahre 1877 betragen die Spirituosen-Abgaben 192,544,000 Rubel, was wiederum 35,8 Proz. des Etatbudgets ausmacht. Also die Einnahme von den geistigen Getränken dieser Abgaben

10) Verwundete türkische Soldaten bleiben der Sorge Rußlands überlassen.

Der Waffenstillstand beginnt am 31. Januar, 7 Uhr Nachmittags.

Die Türken haben mit Fortschaffung der Geschütze von den Linien Konstantinopels zu beginnen.

Die russischen und türkischen Commandeure an Ort und Stelle haben die Waffenstillstands-Angelegenheiten für Armenien festzusetzen.

— Drei Anklagen wegen eines und desselben Vergehens und drei verschiedene Urtheile — das klingt merkwürdig, ist aber buchstäblich wahr. Die Sache verhält sich so: Die kaufmännische Firma Asbeck u. Comp. klagt gegen den verantwortlichen Redacteur des „Hagerer Volksfreund“, Genossen Karl Klein, wegen eines in dem genannten Blatt erschienenen Artikels auf Beleidigung — 14 Tage Gefängniß. Derselbe Artikel ging in die „Solinger Freie Presse“ über; es erfolgte Klage gegen deren Redacteur, Genossen Luchtenberg — 50 Mark Geldbuße; und als Dritter im Bunde figurirt Genosse Karl Grünwald, der den Artikel als Redacteur der „Vergißlichen Volksstimme“ der Oeffentlichkeit übergab. Die Firma Asbeck u. Comp. klagt zum dritten Mal — „Strafe“: 1 Monat Gefängniß. Also der Urheber des inkriminirten Artikels erhält 14 Tage und der Verbreiter desselben 1 Monat Gefängniß. Und das soll Gerechtigkeit vor dem Gesetz sein?

— Der verantwortliche Redacteur der „Erfurter Volkszeitung“ wurde am 8. Februar verhaftet. Warum? Ist bis jetzt unbekannt geblieben. Vielleicht aber dürfte die Verhaftung in einigem Zusammenhang mit einer Anklage stehen, die der Erfurter Staatsanwalt Hesse wegen Beleidigung des verstorbenen „König-Viedermannes“ Viktor Emanuel gegen den Verhafteten angebracht hat. Die Anklage ist erhoben auf Grund des § 189 des Reichsstrafgesetzbuchs, der die Beschimpfung des Andenkens Verstorbenen verfolgt, aber vorschreibt, daß die Verfolgung nur auf Antrag der Eltern, der Kinder oder des Ehegatten des Verstorbenen eintreten kann. Zweifellos also ist, daß der Herr Staatsanwalt Jesse den Antrag in der Tasche hat, ob er aber im Knopfloch auch schon ein italienisches Ehrenbändchen trägt, ist uns nicht bekannt geworden.

— Die „Neue Gesellschaft“. Monatschrift für Sozialwissenschaft. Herausgegeben von Dr. F. Wiede. Das vor uns liegende fünfte Heft enthält: Franz Wehring's Kritik des Sozialismus. — Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Oesterreich von Joh. Rosl. IV.—VIII. (Schluß). — Ein Wahlmanifest Brodthorn's. Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Commune von Dr. K. Rühlberger. — Die Ehe und die alte Gesellschaft von Dr. phil. Karl Schalk. — Recensionen von Dr. Paul Brouse und Dr. F. Wiede. — Collectiv-Erklärung der Herren Dr. F. von Scheel und Dr. A. Wagner gegenüber der Redaktion des „Staats-Sozialist“.

Entgegnung*)

auf „die Motive des Sozialismus“ von F. R. (Fortsetzung.)

Auf Ihre weiteren Ausführungen, wie sie in Nr. 125 und 126 des „Vorwärts“ vom Jahre 1877 zu lesen sind, brauche ich im Grunde nicht zu antworten, da sie nicht eigentlich gegen mich gerichtet sind. Ich habe dieselben mit Vergnügen gelesen, obwohl sie mir nichts Neues boten. Wohl könnte ich einige Fragezeichen andringen, z. B. bei dem Passus, wo Sie von der Un-

*) Die Redaktion erhielt mit der Zusendung der Fortsetzung des Artikels: „Entgegnung“ folgenden Brief, den sie angelehnt der in Nr. 15 enthaltenen Notiz über die schwebende Angelegenheit glaubt veröffentlichen zu müssen:

„Gehehrter Herr Redacteur!
Auch heute wieder muß ich mich entschuldigen, daß die Fortsetzung meiner Artikel so sehr verspätet eintrifft. Ich hatte einige Wochen lang sehr viel zu thun, mußte dann eine kleine Reise machen, auf welcher ich mich gründlich erkältete, und mußte in Folge davon einige Tage das Bett hüten. — Der Schluß wird hoffentlich bald nachfolgen.“

Achtungsvoll zeichnet
Ergshausen, den 6. Februar 1878.
Ihr ergebener

Dr. Hager. Pfarrer.“

Die Folgen der czarischen Reformen.

Skizzen über die Ausdehnungsfortschritte in Rußland in den letzten Jahren.

(Aus der neulich erschienenen russischen sozialistischen Revue „Vorwärts“ [Wpered] Bd. V. London.)

II.

Berufen wir unsere Blicke zunächst auf die bestorganisirte Form der Volkswirthschaft, auf die Finanzen des Staates. In den ersten Tagen des Jahres 1877 wurde der Etat der Einkünfte und Ausgaben für das laufende Jahr zur Erbauung der „lieben“ Unterthanen veröffentlicht. Die russische Regierung verfehlte nicht, ihren „lieben Unterthanen“ anstatt einer Neujahrsgratulation eine hübsche Rechnung vorzulegen. Die Veröffentlichung des alljährlichen Etats gehört in Rußland auch zu den „Reformen“ unseres „milden“ Kaisers und ist somit als eine große Errungenschaft zu bezeichnen. Diese große Errungenschaft hatte große Freude in unseren liberalen und sonstigen Presseorganen hervorgerufen. Aber eins hatte die Presse zu erwählen vergessen, daß nämlich diese Veröffentlichung erst vom Jahre 1863 datirt. Vor 1863 wurde von der russischen Regierung in den ausländischen Journalen, wie „Revue de deux mondes“, oder in ihren eigenen ausländischen offiziellen Organen, wie z. B. „Le Nord“ veröffentlicht, um das ausländische Publikum mit den Finanzen Rußlands bekannt zu machen. Seit dem Jahre 1863 erschienen diese jeder Glaubwürdigkeit entbehrenden offiziellen Veröffentlichungen des Etatbudgets in dem Regierungsanzeiger. Der Grund dieser Reform ist einleuchtend. Früher geschah die Bekanntmachung des Etatbudgets in Ausnahmefällen, so z. B. aus diplomatischen Gründen, vor einem bevorstehenden Kriege, oder aus finanziellen Gründen vor Ausschreibung einer auswärtigen Staatsanleihe. Selbstverständlich wurde die große „Neuerung“ von unseren Liberalen hoch gepriesen.

Um die 23jährige Regierungsperiode des Czariers seiner und der fremden Unterthanen besser beurtheilen zu können, wollen wir einen Blick in das Etatbudget von 1877 werfen. Es ist überflüssig zu bemerken, daß das Budget von 1877 in ganz anderer Weise interessiert, als unsere liberalen Maulhelden. Für uns kommt es darauf an zu zeigen um wieviel sich die Abgaben

vom Volkselende sind in den 23 Jahren der „milden“ Regierung um 250 Proz. gestiegen. Dennoch hatte die Regierung alle Hebel angelegt, um diese Einnahmen zu erhöhen, was ihr auch theilweise gelungen ist, denn schon im Jahre 1874 erreichte diese Einnahme das hübsche Summchen von 200 Millionen Rubel (600 Mill. Mark), was wohl auch die äußerste Grenze der Volksauszehrung bilden wird. Obwohl die Regierung es nicht unterlassen hatte, auch in den folgenden Jahren eine solche Summe im Budget zu verzeichnen, verringerten sich die Einnahmen dennoch. So fielen sie von 200 Mill. auf 197 Millionen im folgenden Jahre, und endlich im vorigen Jahre auf 192 Mill. herab; unsere Regierung tröstete sich damit, daß, Dank ihrer klugen Finanzpolitik, das Volk die schlechte Gewohnheit des Schnapstrinkens allmählich ablegen würde. Wen will die Regierung mit solchen Vorspiegelungen betrügen, etwa sich selber? Aber das Volk ist nicht so leicht zu täuschen.

Die dritte Quelle der Staatseinkünfte ist die Salzsteuer. Von 9,192,000 Rubel im Jahre 1854 stieg diese Steuer nur auf 11,254,000 Rubel im Jahre 1877. Die Einkünfte dieser Steuer stiegen also im Verhältnis zu den Einkünften der Schnapssteuer nicht so schnell, sie gingen einfach Hand in Hand mit dem Wachsthum der Bevölkerung. Der Grund zu dieser Thatsache liegt darin, daß das Volk den Consum des Salzes bis zu einem Minimum herabgesetzt hat. Das Volk braucht im Brode, anstatt des Salzes, einen großen Theil Spreu, und das ad majorem regis gloriam. Und anders ist es gar nicht möglich, denn die Salzsteuer übersteigt alle möglichen Grenzen. Die Umlage eines Rubes (40 Pfd.) Salzes beträgt 30 Kopeken, was bei einem Preise von 2 und weniger Kopeken an Ort und Stelle 1500 Proz. des Wertes ausmacht. Es ist sehr schwer zu berechnen, wie stark die Interessen des Volkes und auch die der Regierung unter einem solchen System zu leiden haben. Der Consum des Salzes in Rußland ist geringer als in allen übrigen europäischen Staaten, während das Volk bei seiner schlechten und sehr geringen nahrunghaltigen Nahrung viel mehr Salz, sogar das Doppelte konsumiren könnte. Also der hohe Preis des Salzes macht dessen Consum unmöglich, was die Ursache sehr vieler Krankheiten ist. Der Verfall der Viehzucht und noch vieles Andere

*) Im Jahre 1851 hatte Rußland 70 Millionen, 1877 86 Millionen Einwohner.

*) Die Bevölkerung hatte sich während dieser Zeit um 21 Proz., die Salzsteuer um 20,3 Proz. vermehrt.

gerechtigkeit der heutigen Steuerverteilung, und bei dem andern, wo Sie von der Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeitgeber reden. Aber ich enthalte mich bei meiner Entgegnung grundsätzlich jeder Erörterung, welche nicht direct die Vertheidigung meiner Thesen oder die Abwehr von Angriffen, die Sie sonst noch gegen mich richten, bezweckt.

Sie halten mir vor, daß ich den Sozialdemokraten mit Unrecht revolutionäre Tendenzen vorwerfe und citiren bei dieser Gelegenheit die bekannte Definition, die Vassalle von seinem Revolutionsbegriffe gegeben hat. Wenn Sie meine Thesen nochmals lesen, werden Sie indessen finden, daß ich den Sozialdemokraten das Revolutionärthum nicht vorgeworfen habe. Auch ich kannte längst die Definition Vassalle's. Als ein Reiterhieb von Sophistik kann man dieselbe bewundern, und ich begreife es, daß Ihre Parteigenossen noch heute sich gern auf dieselbe berufen; aber — gestehen Sie es mir offen, Herr F. R. — Sie selbst mühen sich nicht zu, daß ich jene Definition so ganz ernst nehme. Passans outre, sage ich mit Henri IV., der, als ihm der Pfarrer, welcher ihn für seinen Rücktritt zur römischen Kirche vorbereiten sollte, die Lehre vom Fegefeuer demonstrieren wollte, die Erörterung mit den Worten abschloß: „Passans outre, c'est le plus sûr de vos revenus.“ Ja, ich fürchte, daß die Revolution im gewöhnlichen Sinne des Wortes, die Revolution, welche den wahren Fortschritt für lange Zeit schon aufgehalten hat (denken Sie an den Burenkrieg, an die erste französische Revolution (!) und auch an das Jahr 1848) der gewöhnliche Erfolg der jetzigen sozialdemokratischen Agitation sein wird, gleichviel, ob Sie dieselbe wollen oder nicht. Ich glaube gern, daß Sie persönlich eine gewaltthätige, blutige Revolution nicht wollen, ja sie geradezu „perhorresciren“. Aber meinen Sie nicht, daß die Lehren, die Sie predigen helfen, dieselbe herbeiführen müssen? Daß insbesondere die Art und Weise, wie die sozialdemokratische Agitation betrieben wird, die Geister für eine blutige Agitation stimmen muß? Man schreibt und spricht nicht „à la Marat“, wenn man die Revolution à la Marat nicht will, wenn man die unvermeidliche Revolution „im voraus humanisiren, civilisiren will“. Ja, ich fürchte, wenn ich es auch in meinen Thesen nicht ausgesprochen habe, daß die Verbreitung der sozialdemokratischen Anschauungen schließlich die Revolution zur Folge haben müßte, und zwar nicht die civilisirte und humanisirte, wie Sie dieselbe mit Vassalle wünschen, sondern die „gewaltthätige soziale Revolution mit wildem heulendem Lärm“, eberne Sandalen an den Füßen“ (Vassalle). Es wird ja wohl so kommen, wie der „Volkstaat“ schon 1871 geschrieben hat: „Denk, was Ihr Lust habt — thut, was Ihr Lust habt, Ihr Herren; aber eins laßt Euch gesagt sein, und das gilt für Deutschland wie für Spanien: „Am die Revolution kommt Ihr nicht herum.“ Ganz natürlich — die Besitzenden werden schließlich freiwillig ihren Besitz, an den sie ein Recht zu haben glauben, aufgeben; sie werden die Summation der friedlichen Revolutionäre, ihr Eigenthum fahren zu lassen, genau so ansehen, wie der Reisende auf der Landstraße die höfliche Einladung: „la bourse ou la vie“. Sie werden je nach den Umständen, entweder den Versuch machen, Gewalt mit Gewalt zu verreiben, oder sie werden der übermächtigen Gewalt weichen. Ohne Gewalt (mit oder ohne Blutergießen) wird es schwerlich abgehen. Im besten Falle erfolgt eine unblutige Expropriation. Sie kennen die Lieblingsphrase von Marx: „Die Expropriateure werden expropriirt.“ Aber auch eine solche Expropriation, welche nach sozialdemokratischen Grundsätzen kein entsprechendes Äquivalent für den genommenen Besitz bieten könnte, ist und bleibt ein Act der Gewalt. Daher der Ausdruck „gewaltthätig durchgeführte Gleichmachung und Umwälzung“ in meiner 2. These. Das Wort Revolution habe ich gar nicht gebraucht. — Daß sich aber die Führer Ihrer Partei keine Illusionen machen über die Nothwendigkeit, bei der Durchführung ihrer Pläne Gewalt anzuwenden, und daß sie in dieser Beziehung sich auch keine besonderen Skrupel machen: das brauche ich Ihnen wohl kaum durch Citate nachzuweisen. „Die Gewalt“, sagt Marx in seinem „Kapital“, „ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht. Sie ist selbst eine ökonomische Potenz.“ Wünschen Sie noch mehr Citate? Nein, Sie fühlen, das hohe Calen nach Athen tragen! Passans outre!

Uebrigens thun Sie meinen Amtsbrüdern und mir entschieden Unrecht, wenn Sie meinen, „wir hielten die heutige Aeltervertheilung im Großen und Ganzen für eine gerechte“. Im Gegentheil, wir haben an derselben gar Manches anzusetzen und sagen das frank und frei, und zwar nicht bloß dann, wenn wir über den „ungerechten Mammon“ predigen. Wir armen Pfarrer

ist dieser hohen Steuer zuzuschreiben.“ Dadurch tünirt die Regierung nicht nur die Gesundheit des fleischlichen Volkes, sondern sie hemmt auch die Entwicklung der Industrie im eigenen Lande.

Wir haben uns nur drei Posten des Reichsbudgets angesehen, und doch haben wir nur den 10. Theil dessen gesagt, was wir über diese Posten sagen könnten. Wir werden die übrigen Theile des Budgets unbeachtet lassen müssen; wir thun dieses, um unsere Leser nicht zu ermüden.

Nur noch bemerkenswert wollen wir, daß die Einnahmen von den Staatsdomänen sich vergrößert haben, obwohl in dieser Hinsicht in Rußland von jeher die größten Staatsunterschlagungen vorliefen, was den russisch revolutionären Schriftsteller Herzen zu folgendem Ausruf zwang: „Das größte Unglück für Rußland wäre, wenn man diese Staatsdiebereien und die Blutmachereien, die im Innern der russischen Administration des autokratischen russischen Reiches herrschen, vernichten wollte, ehe man das ganze russische Reich vernichtet habe.“

Nur noch einiges wollen wir am Schluß dieses 2. Kapitels über das Reichsbudget bemerken. Das russische Steuersystem ist eines der miserabelsten aller jetzt in anderen Staaten existirenden. Der fünfte Theil des Einkommens wird durch direkte Steuern, die das ganze innere Leben Rußlands im höchsten Grade hemmen, eingetrieben oder besser aus dem Volke durch die Raute und Kuthe, die als Embleme Rußlands dienen könnten, herausgepreßelt. Die indirekten Steuern drücken ungemein die ärmeren Consumenten, indem sie alle nöthigsten Lebensmittel um 5, 10 und 30 Proc. vertheuern. Uebrigens giebt es für das russische Volk, wie für kein anderes, einen Unterschied zwischen den direkten und indirekten Steuern, denn das Volk muß doch zu guter Letzt alle Staatsausgaben aufbringen. (Fortsetzung folgt.)

*) In einer russischen Revue „Waterländische Memoiren“ findet sich ein Artikel über die Salzsteuer. Dieser Artikel zeigt, daß die Salzsteuer, welche 12 Millionen Rubel jährlich bringt, dem Staate einen jährlichen Verlust von 177 Millionen Rubel verursacht, nämlich: durch den hohen Preis des Salzes wird um 18 1/2 Mill. weniger consumirt; infolge der Viehsuche 22 1/2 Mill., durch den Stillstand in der Viehzucht 95 Mill., und endlich durch die Verringerung der Einnahme in diesem Zweige der Wirtschaft 91 Mill. Rubel.

erzählen uns auch durchaus nicht der Günst der Bucherer, Gründer und der selbstthätigen Geldmacher und Geldprogen insgemein. Der Grund liegt nahe. Die christliche Moral ist in allen sittlichen Fragen und auch in Fragen des Klein und Klein viel strenger als das Strafgesetzbuch und die öffentliche Meinung, und wir Pfarrer scheuen uns nicht, diese Moral zu predigen, wie Ihnen nicht unbekannt sein dürfte, wenn Sie öfter die Kirche besuchen. Wir wissen, daß es viel Glend in der Welt giebt, wenn wir auch die letzten Ursachen desselben nicht ausschließlich oder vorwiegend in den sozialen Verhältnissen finden. Wir wußten ferner, daß es „eine soziale Frage“ gebe, ehe der Aufklärungsphilister, der uns halb mitleidig, halb verächtlich für Vertreter eines überwundenen Standpunktes erklärte, das Wort kannte. Auch studiren wir diese leidige soziale Frage — mehr, als Sie glauben, mehr wohl als die meisten Mitglieder der andern „gebildeten Stände“, mit Ausnahme der Nationalökonom vom Fach. Versuchen Sie es doch, und sehen Sie sich ein wenig in der theologischen Literatur um! — Wir begreifen, daß unsere jetzigen sozialen Zustände an großen Schäden leiden — das hätten Sie auch auf unserer Konferenz hören können, und können es in meiner 7. These lesen. Wir geben gerne zu, daß die Klagen der Sozialdemokraten in vieler Beziehung begründet sind. Aber wir wissen auch, daß bei diesen Klagen — und Anklagen — arge Ueberreibungen vorkommen. Wir sehen, wie in der sozialdemokratischen Tagespresse die Mißstände der jetzigen Gesellschaftsform vielfach ins Ungeheuerliche übertrieben, wie oft die unschuldigen Vorkommnisse entstellt, verzerrt und für die sozialdemokratische Beweisführung zurecht gemacht werden (?). — Die wirklichen Schäden der jetzigen sozialen Verhältnisse erkenne ich aber rückhaltlos an und widerspreche Ihnen nicht einmal, wenn Sie behaupten: Die Erkenntnis dieser Mängel und „die Reberzeugung, daß eine gründliche Besserung nur von einer radikalen Aenderung in unserer jetzigen Gesellschaftsordnung erwartet werden dürfte,“ sei das Hauptmotiv des sozialdemokratischen Sozialismus.

Damit widerspreche ich aber durchaus nicht dem, was ich in meiner 3. These gesagt habe, oder vielmehr sagen wollte: daß bei vielen Anhängern der sozialdemokratischen Partei auch andere Beweggründe, unlaute Beweggründe, wie Neid, Klassenhaß*) und Genußsucht, eine große Rolle spielen, daß bei ihnen der Sozialismus deshalb eine „sittliche Verirrung“ sei. Das habe ich in meiner These sagen wollen, und nichts anderes. Sie haben meine Worte allerdings anders gefaßt, und ich kann Ihnen das durchaus nicht verargen; denn der Wortlaut meiner These ist allerdings sehr mißverständlich. Man könnte dieselbe so verstehen, als wenn sämtliche Sozialdemokraten von Neid, Klassenhaß und Genußsucht zu ihren sozialpolitischen Bestrebungen getrieben würden. Das zu behaupten, ist mir nicht im Traume eingefallen, und ich nehme keinen Anstand, hier öffentlich und ohne allen Vorbehalt zu erklären, daß dies meine Ansicht durchaus nicht ist, noch gewesen ist.

Diese Erklärung von meiner Seite wäre gar nicht nöthig gewesen, das Mißverständnis wäre gar nicht eingetreten, wenn der Referent, welcher meine Thesen ohne meine Erlaubnis in den „Evangelischen Blättern“ abdruckte, in seinem Referate über unsere Conferenzenverhandlungen meine Erklärungen auch nur kurz wiedergegeben hätte, was ich als Theilnehmer wohl mit Recht verlangen konnte. Ich habe zu These 3 ausdrücklich erklärt, daß es mir nicht einfallen, bei allen Sozialdemokraten unlaute Beweggründe vorauszusetzen. Ich wisse, daß es unter ihnen Enthusiasten gebe, welche ohne Rücksicht auf eigenen Vortheil oder Nachtheil für die sozialdemokratischen Lehren einstünden. Ich habe unter andern betont, daß es Sozialdemokraten genug gebe, welche entschieden christlich gesinnt seien; es falle mir nicht ein, bei diesen unlaute Beweggründe anzunehmen. Die Herren, welche der Verhandlung beiwohnten, werden mir dies bestätigen müssen. Keineswegs wurde auch von anderen Mitgliedern der Konferenz gedächert. Das Referat der „Evangelischen Blätter“ schweigt allerdings davon gänzlich, und so kann ich es nur zu gut begreifen, daß Sie in meiner These einen gegen Ihre ganze Partei gerichteten Vorwurf fanden. Wenn Sie aber von mir verlangen, „daß ich diesen Vorwurf ohne Vorbehalt widerrufe“, so kann ich das aus dem ganz einfachen Grunde nicht thun, weil ich diesen Vor-

*) Nur bei einigen allzu auffälligen Ansichten des Dr. Voger gatten auch wir uns das Wort, im Uebrigen es unserem Genossen F. R. überlassend, die vielfachen Irrthümer des Herrn Voger zu widerlegen. Wir fragen an dieser Stelle: Ist der Klassenhaß ein unlaute Beweggrund? Wir dächten er wäre lediglich eine Wirkung. R. d. V.

— Uebertrumpft. Der bekannte Dichter, Kritiker und Hofrath Rudolf Gottschall wurde jüngst in Wien, wo er eine literarisch-pöbelhafte Vorlesung zum Besten des Journalisten-Bereins „Concordia“ hielt, von der dortigen Presse über Gebühr „gefeyert“. Ein Hamburger Vetter des kirchlichen „Waterland“, welchen diese überschwänglichen Zeitungsovationen verbrochen haben, giebt nun folgende pikante Hamburger Reminiscenz an den Herrn Hofrath zum Besten. Es wurde gerade eine Schillerfeier abgehalten; die in der alten Hansstadt anwesenden Dichter und Schriftsteller, etwa fünfzig an der Zahl, waren beim festlichen Mahle in der festlichsten Stimmung versammelt, der entfornte veuve Oligot löste alsbald die Tragen, und einem Spahdoggel fiel es plötzlich ein, den Vorschlag einzubringen: Jeder Kundeneide habe sein vis-à-vis mit einem Imprimatur, natürlich in knapperster, epigrammatischer Form, zu regularisiren, und wolle sich auch eine Antwort von dem vis-à-vis in gleicher Form gefallen lassen. Der Vorschlag wurde mit Acclamation acceptirt und dessen Vollziehung sofort mit mehr oder minder Humor in's Werk get. Die Reihe kam denn auch an Rudolf Gottschall. Dem gegenüber saß der als Sarcastiker allgemein am meisten gefürchtete Jabe Cohen, der unter dem Schriftsteller-Namen Walebrode als Publizist und Kunstkritiker sich eines nicht unbedeutenden Rufes zu erfreuen hatte. Ihm mußte natürlich der unnahbar scheinende Hofrath in spe einen tüchtigen Witz verleihen. Er erhob sich denn auch mit dem ganzen Glanz seines Dichterbewußtseins, und domerte seinem Gegner die folgenden vom vollen Pathos gehobenen Verse entgegen:

„Walebrode?
Eine Episode
In der Literatur
Nur!! —“
Die Wirkung dieser boshaften Caustication war groß. Gelächter durchhallte den Versammlungssaal, mächtig sprang empor, unwillkürlich nach dem Reichthum greifend, um dem Sprecher gratulirend zuzutrinken! Wänten ja doch die meisten unter den Anwesenden dem Kritiker, der scharf und launisch wie Borne sein konnte, die, wie sie meinten, unbedeutendsten Witz und zutreffend gefaßte Kobertigung. — Aber jetzt erhob sich zum Vortrag der Gegenpartie Herr Cohen vulgo Walebrode. Aller Augen hingen an seinen Lippen, um die sich ein leichtes Lächeln gelegt hatte, und von denen es also klang:
Gottschall?
Wortschwall.
Worte?
Nur!!!“

Das Gelächter, welches nach diesem Epigramme entstand, entzieht sich jeder Beschreibung. Der Dichter des Ueberschwänglichen aber war gerichtet.

wurf gar nicht gemacht habe, gar nicht machen wollte. Daß meine These mißverständlich ist, das gebe ich unumwunden zu. Den Grund habe ich Ihnen schon früher gesagt: ich mußte meine Thesen in größte Eile schreiben und zweimal abschreiben. Ich hatte so wenig Zeit, daß ich die Abschriften nicht einmal mit meinem Conzepte vergleichen konnte, so daß von den drei Exemplaren, welche bei der Berathung vorlagen, keines ganz gleichlautend mit den anderen war. Der Herr Referent hat, wie ich sehe, die verschiedenen Lesarten in Parenthese gesetzt. In Folge der großen Eile ist z. B. in die Abschriften bei der 3. These das Wort „Habgucht“ gekommen, während es in meinem Conzepte fehlt, auch gar nicht in der These stehen sollte.

Da Sie das Alles nicht wissen konnten, finde ich es ganz natürlich, daß Sie sich über die angeführte These ereiferten, und ich bedauere es aufrichtig, daß ich, wenn auch nicht absichtlich, Ihnen dazu Veranlassung gegeben habe. Ihr Unwille wäre berechtigt, wenn ich meine Thesen selbst der Öffentlichkeit übergeben oder dazu die Erlaubnis ertheilt hätte. Weder das Eine noch das Andere war der Fall; ich war vielmehr empört, als mir das betreffende Referat zu Gesicht kam, weil es mir sofort klar war, daß Jeder, der nicht bei den Verhandlungen zugegen war, sich eine falsche Vorstellung davon bilden müßte. Für mich waren die schriftlichen Thesen nur eine ganz unwesentliche Form, da ich meine Gedanken in der Berathung mündlich, und zwar nur in losem Zusammenhang mit meinen Thesen, formulirte und begründete.

(Fortsetzung folgt.)

Correspondenzen.

London, 5. Februar. Von allen Seiten wird über die Thätigkeit unserer Genossen Mittheilung gemacht, weshalb Sie auch uns gestatten mögen, in Kürze über unser Wirken zu berichten. Obwohl uns die Macht der Verhältnisse eine Agitation wie die der deutschen Genossen vorläufig verbietet, so können wir trotzdem mit unseren seitdemigen Erfolgen zufrieden sein. Eine Reihe Vorträge hatte den Zweck, für unsere Mitglieder beschreibend zu wirken, sowie die langweiligen englischen Sonntage uns einigermaßen angenehm zu machen, was uns auch gelang, dank den gediegenen Leistungen unserer Mitbürger. Die Anerkennung, die denselben durch lebhaften Beifall zu Theil wurde, wird sie wohl ermutigen, für die Zukunft so weiter thätig zu sein. — Die Fählung, die wir schon längst mit den englischen Arbeiter-Organisationen zu erhalten suchten, haben wir durch den gegenwärtigen Strike der Steinhauer erreicht. Gleich zu Beginn der Importation der deutschen Steinhauer hielten wir große Versammlungen ab, in welchen ein Comité gebildet wurde, welches bereiter Angelegenheit seine volle Aufmerksamkeit schenken sollte; weiter wurde der Vorschlag zur Gründung einer sozialpolitischen Partei gemacht, worüber folgender von der betr. Versammlung angenommene Antrag weitere Kunde giebt: „Die am 21. November (1877) tagende Conferenz, bebildet von einer Anzahl sozialer und politischer Vereine und Gewerkschaften, beschließt die Gründung einer „Allgemeinen Föderal-Workers-Ligue“ zum gemeinschaftlichen Kampfe für die Interessen der Arbeiter aller Länder gegen das Kapital, und um in erster Linie der verabschiedungswürdigen Importation der fremden Arbeiter entgegenzuwirken. Jede Gesellschaft, die die Satzungen der Ligue anerkennt, kann beitreten, ohne ihre Selbstständigkeit irgendwie zu beeinträchtigen.“ — Unser Verein, der seither sein Licht unter dem Scheffel leuchten ließ, wurde bekannt, er fand häufig lobende Erwähnung in der Presse, welches Bob jedoch in letzterer Zeit — zu unserer Freude — in das Gegentheil umschlug: erst jetzt sieht dieselbe ein, daß auch wir sogenannte „Theiler“ sind. Dies alles liegt verschiedene politisch überlebte Geister nicht ruhen, um ebenfalls in Gründungen zu machen und alles aufzubieten, den Sozialisten die Angelegenheit aus den Händen zu spielen. Das ist aber nicht gelungen. Unsere Organisation wurde durch solche Manipulationen zwar wesentlich beeinträchtigt, jedoch ist dafür gesorgt, daß sie fortbestehen und mit Muth und Energie auf dem einmal betretenen Wege fortarbeiten wird, bis sie ihr Ziel erreicht hat. Daß wir uns bei den Gewerkschaften bereits Vertrauen erworben haben, beweist am besten die Wahl zweier unserer Mitglieder zu der nach Deutschland entsandten Steinhauerdeputation. Von Bedeutung waren auch unsere letzteren größeren öffentlichen Versammlungen, in welchen die „waterlandelosen“ Sozialdemokraten die Ehre ihres deutschen Vaterlandes und das sehr gefährdete Wohl aller Deutschen hier selbst zu retten suchten.

Auch nach innen läßt unser Verein nichts zu wünschen übrig. Die Verwaltung, die unentgeltlich eine den Verhältnissen entsprechend große Arbeit zu bewältigen hat, ist eine musterhafte zu nennen, was auch durch einstimmige Wiederwahl derselben sowie der Vertrauensmänner von der Generalversammlung anerkannt wurde. Der Unterricht in verschiedenen Sprachen wird von guter Hand geleitet. Der Gesangsunterricht soll in diesem Jahre neu organisiert werden; die Feingkeit der Mitglieder, obwohl fast in jeder Versammlung prinzipielle Differenzen erkeidigt werden, spiegelt sich auch in den alle Montage Abends stattfindenden sehr gelungenen Abendunterhaltungen ab. Auch unsere in dieser Saison abgehaltenen größeren Feste verliefen auf eine allseitig sehr befriedigende Weise. Der Verkehr an Agitationschriften wird ebenfalls mit Erfolg betrieben. — Ein Clubhaus, das in den nächsten Wochen als Eigenthum der verschiedenen sozialistischen Organisationen eröffnet werden soll, wird den Bereich unserer Thätigkeit sowie die allgemeine Theilnahme noch mehr fördern.

Somit haben wir allen Grund, mit froher Zuversicht auch in diesem Jahre weiter zu arbeiten, welches uns auch fernere große Erfolge bringen wird und muß. Die hiesigen Genossen entfenden den deutschen Genossen die herzlichsten Grüße und werden nie außer Acht lassen, in anerkannter Weise der Thätigkeit der deutschen Brüder zu gedenken.

J. A. J. F. Ehrhart,
Corr. Sekretär des Comm. Arb.-Bild.-B.

Regensburg, 9. Februar. Am 26. Januar wurde hier in den Lokalitäten des Bierbrauers Straßer eine Volksversammlung abgehalten, in welcher Parteigenosse Kiefer aus München über folgende drei Punkte referirte: 1) Die allgemeine herrschende Roth. 2) Die sozialistische organisirte Staat im Stande, dieselbe gründlich zu beseitigen. 3) Die sozialistische Presse. — Die Versammlung war gut besucht, und erlebte sich Kiefer seiner Aufgabe zu Allen Zufriedenheit. — Ein Nachspiel hat die Versammlung insofern gehabt, als gegen Genossen Brendel, der sich an der Debatte über den zweiten Punkt der Tagesordnung betheiligte, ein Strafantrag wegen Beleidigung des Landesfürsten gestellt worden ist. Nun, wir werden ja sehen, was aus der Sache wird.

